

Pressemitteilung

Halbe Musikhochschulen gibt es nicht Appell an Ministerpräsident Kretschmann

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hat angekündigt, dass er die Reformpläne für die Musikhochschulen in Baden-Württemberg noch einmal überdenken wolle. Die zuständige Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) wollte mit der Streichung von 500 Studienplätzen eine stärkere Profilbildung der Musikhochschullandschaft verbinden. In dem Antwortschreiben von Ministerin Bauer an DMR-Generalsekretär Christian Höppner, der sich mit einem offenen Brief an Ministerpräsident Kretschmann gewandt hatte, wirbt sie erneut für ihr Konzept der Kürzung und Profilschärfung.

Dazu **Christian Höppner**, Generalsekretär des Deutschen Musikrates: „Es ist ein gutes Signal, dass Ministerpräsident Kretschmann ein Überdenken der Reformpläne für die Musikhochschulen in Baden-Württemberg angekündigt hat, wie der Deutsche Musikrat in seinem offenen Brief vom 19. Juli gefordert hatte. Bisher fehlt die politische Idee, welche Rolle die Landesregierung Baden-Württemberg den Musikhochschulen zumisst. Der Bericht des Rechnungshofes Baden-Württemberg kann doch nicht im Ernst als alleinige Begründungsgrundlage für die Kürzungspläne herhalten – da braucht es schon konzeptionelle Überlegungen und daraus folgend eine politische Willensbildung. Nun muss es darum gehen, den Prozess der politischen Willensbildung der Abgeordneten wie der Landesregierung fachlich und musikpolitisch zu begleiten, weil das Bewusstsein über den gesellschaftlichen Wert dieser Kreativschmieden offensichtlich ausbaufähig ist.

Es ist realitätsfern, Profilbildung zu Lasten der Bandbreite durchführen zu wollen, denn jede Musikhochschule braucht einen Grundstock an Bandbreite, um überhaupt Profil bilden zu können. Halbe Musikhochschulen mit Profil und herausragender Qualität gibt es nicht.

Der Deutsche Musikrat appelliert an Ministerpräsident Kretschmann, eine Kehrtwende zu Gunsten der weit über die Grenzen Baden-Württembergs renommierten Musikhochschulen einzuleiten.“

Berlin, 6. September 2013